



Volksbegehren Bildungsinitiative ruft zu nationalem Schulterschluss auf

Die Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens lassen nicht locker. In Briefen an die Sozialpartner, die Regierungsspitze und alle neun Landeshauptleute wird zu einem nationalen Schulterschluss aufgerufen.

Die Zeit drängt, heißt es im Schreiben an die Sozialpartner, denn ein Fünftel der Legislaturperiode ist bereits wieder abgelaufen. Und wie sehr die Zeit drängt, geht auch aus der jüngsten Publikation des Rates für Forschung und Technologieentwicklung hervor. Die bisherige Entwicklungsdynamik sei seit 2009 verloren gegangen, läuten die Experten die Alarmglocken. Mehr noch: Die Wettbewerbsfähigkeit sinkt seit Jahren kontinuierlich – von der besten Platzierung im Jahr 2007 mit Platz 11 auf Platz 22 im Jahr 2014. Will Österreich nicht weiter zurückfallen, muss den Themen Bildung, Forschung, Technologie und Innovation höchste Priorität eingeräumt werden. Derartige Feststellungen sind für die Initiatoren Doping im hartnäckigen Kampf um die Bildungsreform. Wir müssen uns auch, erklärt Hannes Androsch, Länder wie Deutschland, die skandinavischen Staaten oder die Schweiz zum Vorbild nehmen, die gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ihre Investitionen in die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung massiv erhöht haben.

Wir dürfen daher nicht weiter zulassen, dass unser Bildungs- und Ausbildungsniveau hinter der internationalen Entwicklung hinterherhinkt.

Wir brauchen dringend einen nationalen Schulterschluss. Wir brauchen eine Zusammenführung der wichtigen, auf dem Tisch liegenden Vorschlägen und Forderungen des Bildungsvolksbegehrens von Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften.

"Wenn eine derartige Bündelung aller zukunftsorientierten Kräfte des Landes nicht gelingen sollte, werden wir am Ende der laufenden Legislaturperiode weitere fünf Jahre an Zukunft verloren haben", warnen die Initiatoren.

Das Bildungsvolksbegehren ruft daher zu einer konzertierten Aktion unter Einbindung der Sozialpartner auf. "Ihre traditionell kluge und erfahrungsgemäß besonnene, trotzdem durchsetzungsstarke Politik ist für die Realisierung einer umfassenden Bildungsreform unverzichtbar", wird im Brief an die Sozialpartner für die Sinnhaftigkeit einer Bündelung aller Kräfte geworben.

Und im Schreiben an Bundeskanzler und Vizekanzler bieten die Initiatoren des Volksbegehren volle Unterstützung an: "Wir vom Bildungsvolksbegehren wollen mit aller Kraft mithelfen, die Bundesregierung bei zielführenden Initiativen zu unterstützen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass weitere Bildungsversäumnisse nicht im Interesse der Bundesregierung liegen.

Wir sind aber auch der festen Überzeugung, dass eine starke, gemeinsame Initiative der Bundesregierung für einen nationalen, alle relevanten Interessensgruppierungen des Landes einbeziehenden Schulterschluss öffentliche Zustimmung und Anerkennung finden würde."

Das Schreiben an die Sozialpartner ist beigefügt.

VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE

E: office@vbbi.at

T: 01/3100740

W: www.nichtsitzenbleiben.at

